Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 12. Februar 1926
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff — Wirtschaft und Recht — Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 45 R.-M. 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 72
12. 2. a — 10 Pfennig

Gegen Chamberlains Nachgiebigkeit.

Unzufriedenheit in Presse und Regierung.

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Zum heutigen Zusammentritt des Völkerbundsrates betont die Presse noch einmal die englischen Bedenken gegen die Vermehrung der Ratssitze. Die gestrige ausweichende Unterhauserklärung Chamberlains hat enttäuscht. Es ist sich in dieser Frage eine geschlossene Front der öffentlichen Meinung gebildet, die von der „Times" über den „Manchester Guardian" bis zum „Daily Herald" reicht. Es zeigt sich die Besorgnis, daß Chamberlain bei seinem letzten Pariser Besuch durch voreilige Versprechungen die Bedeutung des Locarno-Vertrages für England aufs Spiel gesetzt habe. Auch innerhalb des Kabinetts scheint man mit Chamberlain nicht zufrieden zu sein. „Daily News" spricht von der Gefahr für den Völkerbund und „Daily Express" stellt fest, daß

das ganze Vertragswerk von Locarno bedroht

sei. Die Atmosphäre sei voll von Argwohn und Gegensätzen. „Daily Telegraph" bekämpft noch einmal besonders die polnische Forderung, zeigt jedoch auffallenderweise mehr Entgegenkommen für Spanien.

a. Paris, 12. 2. (Eigenbericht.)

Das „Journal" meint zur Frage der Zuerkennung des ständigen Ratssitzes an Polen, daß man natürlich alles daran denken könne, alle Kandidaturen, so begründet sie auch seien, in Betracht zu ziehen, schon wegen der unangenehmen Folgerscheinungen, die eine übertriebene Vergrößerung des Rahmens des Rates verursachen könne. Um zu einem Ergebnis zu gelangen, betont das Blatt, sei das beste Mittel, das Gebiet der Aussprache soweit wie möglich zu beschränken. Der neue Tschechoslowakei sei, Deutschland einen ständigen Ratssitz erhalten sollte. Deutschland habe jedoch seine Ansicht nicht verheimlicht,

gewisse Punkte der Friedensverträge

in Frage zu stellen, insbesondere die der Ostgrenze. Die Lage der Dinge verlange daher, um das Gleichgewicht im Rate wieder herzustellen, daß jene Macht hinzugezogen werde, die an der Aufrechterhaltung der östlichen Grenze das größte Interesse habe. England könne sich diesem Argument nicht entziehen. Dank dem großmütigen, versöhnlichen Geiste Chamberlains könne man als sicher annehmen, daß Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, auf den es ein Recht habe, erhalten werde.

Prag, 12. 2. (W. T. B.) Die gesamte tschechoslowakische Presse setzt sich für die Erteilung eines Völkerbundsratssitzes an Polen ein, da die Besürchtung besteht, daß Polen an Stelle der die Kleine Entente vertretenden Tschechoslowakei zum nichtständigen Ratsmitglied ernannt werden könnte.

Plötzliche Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Nach der heutigen Plenarsitzung des Reichstages wird sich der Auswärtige Ausschuß versammeln, um den Bericht über den Stand der Verhandlungen über das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich entgegenzunehmen. Man glaubt, daß parlamentarisch diesen Umstand, daß die Plötzlichkeit dieses Zusammentritts sich nicht allein durch die Handelsberatungen rechtfertigt, sondern daß vielmehr der Reichsaußenminister das Bedürfnis hat, mit Rücksicht auf die bedenklich stimmenden Nachrichten aus Genf über die Frage der Ratssitze mit den Parteien in Verbindung zu treten. Unter diesen Umständen wird der Schritt des Ausschusses eine erhöhte Bedeutung beigemessen.

Fernsprechen über den Ozean.

„Daily Telegraph" berichtet über erfolgreiche Sprechversuche zwischen der englischen Großstation Rugby und der amerikanischen Station auf Long Island, die während des letzten Sonntags, besonders in den Nachtstunden, unter erstaunlicher Deutlichkeit sogar des dialektischen Klanges der Stimmen vorgenommen wurden.

★

In England werden seit längerer Zeit Versuche mit transkontinentalem Telephonie gemacht. Nachdem bereits mehrfach Sprache und Musik von Nunshunfendern über den Ozean hinüber gut verlaufen worden sind, besteht an sich kein Zweifel mehr, daß es möglich ist, mit modulierten drahtlosen Wellen die Entfernung zwischen Amerika und Europa zu überbrücken. Neuerdings sind weitere Versuche mit kurzen Wellen hinzugekommen, die insbesondere von der neuen englischen Kurzwellensendestation Rugby veranstaltet wurden. Hierbei sind die Versuche insofern erweitert worden, als man den Gegensprechverkehr probierte, d. h. daß beiderseits Personen gleichzeitig hören und sprechen können. Wie zu erwarten war, hat man zu bestimmten Zeiten recht brauchbare Ergebnisse erzielt. Im allgemeinen wird man jedoch nicht zu vorzeitig überhriebene Hoffnungen daran knüpfen dürfen. Schon vor rund einem Viertelsahr konnten wir gelegentlich der Eröffnung des großen Turmes auf der Hauptfunkstelle Königswusterhausen aus dem Munde des Staatssekretärs Bredow die Erwartung hören, daß eines Tages dieser Turm im Dienst der transozeanischen drahtlosen Telephonie neue Aufgaben lösen werde. Vorläufig haben die in der Telegraphie mit Erfolg bewährten Versuche noch nicht die nötige Betriebssicherheit erzielen, um darauf einen regelmäßigen Verkehr zu gründen. Zeitweilig geht es sehr gut, dann ist wieder ohne klaren Grund jede Verständigung ausgeschlossen. Die Entwicklung, die wir noch brauchen, ist nicht der Nachweis, daß man über 7000 Kilometer drahtlos telephonieren kann, das wissen wir schon, sondern das Auffinden der Ursache der Störungen und eines Mittels zu ihrer Ausschaltung. Gerade der Fernsprechtelnehmer gehört zu den nervösesten Personen. Die arme Bermaltung, wenn sie ihm eine Verbindung vermittelt, bei der mitten im Gespräch die Verständigung abreißt! Aber was nicht ist, kann noch werden.

Erklärungen des Reparationsagenten.

Die Unterbringung der deutschen Obligationen.

a. **Paris**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Dem Vertreter des „Excelsior" gegenüber erklärte der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, vor seiner Abreise nach Berlin, daß er mit dem bisherigen Funktionieren des Dawes-Planes vollauf zufrieden sei. Die deutschen Zahlungen seien unverkürzt geleistet worden und des öfteren sogar vor dem Fälligkeitstermin. Die Naturallieferungen seien von den interessierten Staaten ohne Schwierigkeiten aufgenommen worden.

Die Gebührenweisungen ins Ausland

hätten sich ohne nennenswerte Folgen für die Mark vollzogen. Gilbert zeigte sich im übrigen sehr optimistisch, obwohl er alle Bestrebungen für das zukünftige Funktionieren des Dawes-Planes ablehnte. Die Bezahlung der jüngsten Dawes-Rate wäre natürlich erleichtert worden durch die 800-Millionen-Goldmarkanleihe, die Deutschland zur Gesundung seiner Finanzen gewährt worden ist. Aber diese Gesundung ist eine vollzogene Tatsache. Das Budget des Reiches weise bereits bemerkenswerte Ueberschüsse auf. Was die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland anbelange, so dürfe man deren Tragweite nicht übertreiben. Die deutschen Pressenangriffe gegen den Dawes-Plan gehen zu keiner Aufregung Anlaß. Sie seien nur aus innerpolitischen und parteipolitischen Gründen gemacht worden. Im übrigen könnte für sie in seiner Weise die heutige Regierung verantwortlich gemacht werden, da deren Korrektheit immer unantastbar gewesen sei. Ueber die Möglichkeit der baldigen Mobilisierung der

deutschen Industrie- und Eisenbahnobligationen

wollte Parker Gilbert keine bestimmten Erklärungen abgeben. Der Korrespondent meint, den Eindruck zu haben, daß Parker Gilbert der Ansicht sei, daß bei die derzeitige Lage des internationalen Geldmarktes für die Unterbringung dieser Obligationen nicht günstig sei in Anbetracht des derzeit geforderten Zinsfußes und die geringen Erträgnisse der Anleihe. Dies müßte ein ganz bedeutendes Sinken dieses Werts, die für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen in der Zukunft erforderlich seien, zur Folge haben.

Außenpolitische Wirkung des tschecho-slowakischen Gegensatzes.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Es verlautet, daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch an der Märztagung des Völkerbundes nicht persönlich teilnehmen werde, sondern durch den tschechoslowakischen Gesandten in Bern, Dr. Bawarka, vertreten werden soll. Als Grund dieses Fernbleibens werden die großen innerpolitischen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei bezeichnet, die seine Anwesenheit in Prag erforderten. Benesch bemüht sich, eine Verständigung mit den Slowaken herbeizuführen, um die Lage der Regierung zu erleichtern. Er wird sich bei der Rückkehr von Belgrad zwei Tage in Prag aufhalten, um dort mit den Slowaken über einen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Es heißt, daß der Führer der Slowaken, Pater Hlinka, gegen die von Benesch beabsichtigte Aussprache sei.

Sudetendeutschum und Sprachenverordnung.

rs. **Prag**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die „Egerer Zeitung" bringt einen Aufsatz unter dem Titel „Deutsches Volk, wahre Deine Ehre!", in dem der parlamentarische Beschluß, einen Zurücknahmeantrag zu Zwecke der rechtlichen Ueberprüfung der Sprachenverordnungen einzulegen, als schmachvolle Kampfmittel bezeichnet, die im deutschen Sprachgebiet, in dem die einzelnen Punkte der Verordnung erst jetzt bekannt werden, verschärft sich täglich.

Prag, 12. 2. (Mtb.) Die im Deutschen Verband vereinigten deutschen Parteien halten am nächsten Sonntag einen gemeinsamen Deutschen Volkstag in Aussig ab, auf dem die führenden Parlamentarier dieser Parteien gegen die Sprachenverordnung öffentlich Protest erheben werden. U. a. wird der deutsche Vizepräsident der tschechischen Kammer, Prof. Dr. Spina, sprechen. Der provisorische Vorstand des Deutschen Verbandes bereitet eine dringliche Interpellation wegen der Sprachenverordnung an die Regierung vor. —

Moskau mit Vertagung der Abrüstungsbesprechungen einverstanden.

sch. **Genf**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die russische Regierung hat sich mit der Vertagung der Abrüstungskommission einverstanden erklärt, wiederholt aber ihre Forderung nach Einberufung der Kommission außerhalb der Zeit der Völkerbundsrat, um neuen Wunsch auf, die Kommission möge in ein Land einberufen werden, das diplomatische Beziehungen mit Rußland bereits unterhält. Diese neue Forderung scheint sich gegen Belgien zu richten und steht im Zusammenhang mit jenem Versuchsballon, der von einer Verlegung des Sekretariats nach Belgien handelt.

Die finnische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz angenommen.

Der deutsche Besuch in Rio de Janeiro.

Rio de Janeiro, 12. 2. (W. T. B.) Die Besatzung des Kreuzers „Berlin" fand hier eine äußerst freundliche Aufnahme. Auf einem zu Ehren des Kommandanten veranstalteten Essen bob der brasilianische Außenminister die deutschen Verdienste bei der friedlichen brasilianischen Aufsaugarbeit hervor. Der Kommandant des Kreuzers wird heute von dem Präsidenten empfangen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Neue Angriffe auf das Auslandsdeutschtum.

Stimmungswechsel oder groteske Entgleisung?

fr. **Mailand**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Der „Popolo d'Italia" kommt heute nachmals auf Stresemanns Wort vom Anspruch Deutschlands auf den Schutz der geistigen und kulturellen Rechte der außerhalb der Grenzen lebenden Deutschen zu sprechen. Die Notiz ist durch Kursdruck ausgezeichnet und in hohem interessant, als sie ungefähr das Gegenteil von dem sagt, was gestern der Direktor des Blattes, Arnaldo Mussolini geschrieben hatte. Dieser von Stresemann gemachte Anspruch, heißt es da, verdiene nicht nur in Italien, sondern überall im Auslande überdacht zu werden, wo man sich Klarheit über die Fragen verschaffen wolle, aus denen politische Schwierigkeiten entstehen könnten. Der geistige Schutz von Berlin sei doch nichts anderes als die bequeme

Formel für politische Pläne.

Die Erfahrungen aus dem Kriege hätten gezeigt, wie die Deutschen die geistigen Bande auffaßten, die sie mit den Deutschen jenseits der Grenzen verknüpften. In den Vereinigten Staaten hätten 8½ Millionen Deutsche mit allen Mitteln versucht, zugunsten des kriegerischen Deutschlands die amerikanische Politik zu beeinflussen, und so sei es in allen Staaten gewesen, in denen die Deutschen eine größere Gruppe gebildet hätten. Die Rede Stresemanns beweise, daß die deutsche Methode trotz der Lehren des Krieges sich nicht geändert habe, und davon müsse das Ausland Kenntnis nehmen. Diese Gruppen von Menschen deutscher Nationalität bedeuteten also eine große Gefahr für alle Staaten, die sie beherbergen, weil man nicht auf ihre Loyalität vertrauen könne (!), denn man kenne den Einfluß, den die Reichsdeutschen auf diese Gruppen ausüben wollten und könnten. Wie die 8½ Millionen Deutsche eine Schwäche für die Vereinigten Staaten bedeuteten, so könnten die 2½ Millionen Deutsche der Schweiz, die den größeren Teil der schweizerischen Gebietsbewohnten, eine Gefahr für dieses Land bedeuten (!). Es sei überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die gleiche Gefahr auch für die neuen Staaten Osteuropas bestehe. Die Berliner Stellen erweckten alle berechtigten Besorgnisse, und man müsse diesen in Europa und Uebersee Rechnung tragen.

Der „geistige Schutz"

sei doch nichts weiter, als ein politischer Schutz zugunsten der offenen und geheimen Bestrebungen Deutschlands.

Ob es sich hier um einen Stimmungswandel oder nur um eine groteske Entgleisung handelt, vermag man noch nicht zu entscheiden. Wichtiger erscheint uns, daß der „Popolo d'Italia" in einen Bericht über den Selbstmord der Marchesa Gabriele Serra-Manischedda in Berlin, der Schwester von Maria Orsta, an die beste kriegerische Tradition der Entente anknüpft. Dieser Bericht verschweigt den Lesern des Blattes, daß die Selbstmörderin Alkohol- und Rauschgiftmißbrauch getrieben, früher schon einen Selbstmordversuch unternommen und auch ihr Vater Selbstmord begangen hat. Ferner berichtet das Blatt im Gegensatz zu dem „Corriere della Sera" und dem „Secolo", daß der italienische Patriotismus der Beerdigten von dem Kloß Anwesenden rüchsichtslos brüskiert worden sei.

★

Es heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, daß die Deutschen der Vereinigten Staaten jemals vor, im oder nach dem Kriege versucht hätten, einen unzulässigen Einfluß auf die Politik von Washington zugewinnen. Der Einfluß der Deutsch-Amerikaner in Nordamerika entsprach in Wirklichkeit nicht einmal ihrer zahlenmäßigen, geschweige denn ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung. Ihre Stellung in innen- und außenpolitischen Fragen war zum Beispiel viel schwächer als die der viel weniger zahlreichen irischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die stets ihre besonderen Ansichten in Washington viel stärker zum Ausdruck zu bringen suchte. Von einer Illoyalität der Deutsch-Amerikanischen gegenüber der Staatsgewalt von Washington kann sprechen, widerspricht in noch viel höherem Grade den geschichtlichen Tatsachen. Es gibt vielmehr auf der ganzen Erde neben dem deutschen kein Volk, dessen Angehörige treu so loyal der Obrigkeit eines fremdstämmigen Volkes gegenüber ihre Staatsbürgerpflichten erfüllen. Wie in den Vereinigten Staaten liegen die Verhältnisse in allen anderen Staaten, in denen deutsche Minderheiten leben. Ein fühlbarer Gegensatz ist nur dort wahrzunehmen, wo man den Deutschen das Recht, das man sonst allen anderen Völkern zugesteht, das Recht auf die Muttersprache und die deutsche Kultur zugehörigkeit, nehmen will.

Ein Wig der neuzeitlichen Politik aber ist es, die Schweiz, einen Bundesstaat, der von deutschen Bauern gegründet wurde und dem sich erst später französische, italienische und lodinische Volkssplitter angeschlossen, als von den deutschen Schweizern gefährdet hinzustellen. Einen Staat, in dem die Mehrzahl der Bevölkerung deutscher Sprache und deutschen Blutes ist. Mit dem gleichen Recht könnte man das Deutsche Reich als von den überwiegenden Mehrzahl seiner deutschen Einwohner gefährdet bezeichnen. Im übrigen wäre es ein Segen für die Minderheiten aller Völker, die in den Staaten fremdstämmiger Völker leben, wenn man sich überall das Beispiel der Schweiz zu Herzen nehmen und allen Staatsbürgern, erscheinen welcher Sprache, die gleichen Rechte im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben einräumen wollte.

Das Hereinziehen der Schweiz in die Kontroverse bedeutet im übrigen den Versuch, auch zwischen der Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich Mißtrauen zu säen, — ein Versuch jedoch, der ohne Erfolg bleiben muß. Unser Nachbarstaat südlich des Rheins weiß nur zu gut, daß es dem Deutschen Reich noch nie eingefallen ist und niemals einfallen wird, seine Selbständigkeit anzutasten.

Briands Machtprobe in der Kammer.

Heute entscheidender Kampf in der Finanzfrage.

a. **Paris**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Es wird erwartet, daß sich heute in der Kammer ein entscheidender parlamentarischer Kampf entwickeln, da nach der gestrigen Abstimmung der Finanzkommission der vermittelnde Vorschlag des Finanzministers Doumer in der Frage der Umwandlung der Besitztitel in namentliche Titel gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen wurde. Der dem Kabinett nahestehende „Petit Parisien" scheint sich über den Ausgang der heutigen Kammeraussprache nicht ganz sicher zu sein, denn er stellt mit gewisser Besorgnis die Frage, ob es der Regierung gelingen werde, den Sieg davonzutragen.

Briand betonte in den Wandelgängen des Senats gegenüber abermals, er habe die Absicht, die Maßnahmen, die das Budgetgleichgewicht betreffen, von dem allgemeinen finanziellen Gesundungsprozeß zu trennen, das in einem späteren Zeitabschnitt zur Beratung gelangen solle. Das Ergebnis der Budgetberatung der Kammer will Briand unter allen Umständen, nötigenfalls, wie bereits berichtet wurde, unter Einsetzung des Bestandes der Regierung, bis nächste Woche dem Senat vorlegen, um auf diese Weise zu erreichen, daß dem Schatzamt zu Beginn des Monats März die unumgänglich notwendigen Eingänge zur Verfügung stehen. Das Ausland habe behauptet, erklärte Briand, Frankreich sei nicht in der Lage, sein Budgetgleichgewicht herzustellen. Es müsse ihm das Gegenteil bewiesen werden. Während sich der Senat mit den Budgetmaßnahmen beschäftigen solle, würden in der Kammer der Locarnovertrag und die Wahlreform zur Sprache gelangen.

Französische Polizei in Deutschland.

Erhebungen in der Fälschereiaffäre.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

In Budapest scheinen die Untersuchungen zum Frankfälscherprozeß abgeschlossen zu sein. Nunmehr setzen in Paris und in Deutschland in bestimmten Richtungen Erhebungen durch französischen Organe ein. Es ist bereits gemeldet worden, daß der französische Polizeibeamte Doulcet nach München, Köln, Berlin, Dresden und Leipzig reist, um dort die Spuren der ungarischen Frankfälschergangelegenheit zu verfolgen. Er äußerte zu Pressevertretern, er trete die Reise nach Deutschland in dem sicheren Bewußtsein an, von Budapest aus viele Anhaltspunkte mitzunehmen, die ihm seine Arbeit erleichtern. Er beabsichtige, sich zwei Wochen in Deutschland aufzuhalten. Er halte seine derzeitige Reisezeit für sehr günstig. In München will er die Spuren des sogenannten Schulze verfolgen, der als technischer Fachmann der Frankfälschungen gilt; in Dresden der Schnellpresse, die aus einem dortigen Unternehmen stammen soll, nachforschen und in Köln Erhebungen über die Herkunft des Notendruckpapiers, das in Budapest verarbeitet wurde, anstellen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß in der ungarischen Fälschereangelegenheit hat in mehrstündigen Beratungen den Prinzen Windischgrätz und seinen Sekretär Raba verhört. Prinz Windisch-Grätz bestritt sich gegenüber allen Fragen sehr zurückhaltend. Raba soll angeblich ausführliche und wichtige Aussagen gemacht haben. Es erfolgen nun noch die Aussagen des pensionierten Generals Hatis, des Polizeichefs Nadaly, des Leiters des Kartographischen Instituts, Görös, und des Arbeiters Kurz. Dann sind auch die Erhebungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses so ziemlich beendet.

Der griechische Diktator über Balkan und Mittelmeer.

Athen, 12. 2. (Sonderdienst der DAZ.)

Zu der Frage, wie das geplante griechisch-serbische Bündnis auf Italien wirken würde, hat der Ministerpräsident Generall Pangalos der offiziösen Zeitung folgende Mitteilungen gemacht:

„Wir wünschen aufrichtig eine Vereinbarung mit Jugoslawien zu erzielen und sind auch der Meinung, daß wir es erreichen werden. Ebenso, wie wir die albanische und die türkische Minderheiten anerkannt haben, werden wir auch die slawischen Minderheiten in Mazedonien anerkennen. Nicht immer und von Jugoslawien, im Gegenteil, wir haben viele gemeinsame Interessen. Das Bündnis etwas griechisch-serbischen Vertrages kann aber in keiner Weise die Entwicklung unserer außerordentlich herzlichen Beziehungen zu Italien stören. Mit Jugoslawien haben wir die Gemeinsamkeit der Balkaninteressen. Mit Italien, der starken Mittelmeermacht, haben wir die gemeinsamen Mittelmeerinteressen. Wenn wir gute Beziehungen zu diesen beiden Ländern pflegen, so wollen wir gleichzeitig dadurch Frankreich und England gegenüber tun, nicht nur, weil sie starke Weltmächte sind, sondern auch weil Griechenland in der Vergangenheit bisherigen unterstützt haben, was wir ihnen nicht vergessen. Auf diese Weise würde Griechenland in harmonischen Beziehungen mit den Mächten und allen Nachbarn auf dem Balkan leben."

Tienfsin von Feng aufgegeben?

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Peking soll die Nationalarmee des Generals Feng, die zurzeit Tientsin besetzt hält, die Räumung von Stadt und Hafen vorbereiten. Verhandlungen seien eingeleitet mit dem von Süden heranrückenden General Li, der Ende letzten Jahres aus Tientsin vertrieben wurde, um ihm die Stadt wieder zu übergeben. Die sogenannten Nationalarmeen sollen die durch die immer noch anhaltende Spannung zwischen General Feng und Moskau in eine schwierige Lage gekommen sein, so jeder Nachschub an Material aufgehört hat.

kbg. **Wien**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Die Wiener Staatsanwaltschaft hat die Beerdigung des kürzlich entlassenen Chefredakteurs des „Abends", Alexander Weiß, verfügt, der im Verdacht steht, Erpressungen begangen zu haben. Erhebungen darüber finden noch statt. Die Beerdigung erfolgte wegen Verabredungsgefahr.

Das Kompromiß im Fürstenvergleich.

Auch die Deutschnationalen zur Mitarbeit bereit.

Im Rechtsausschuß des Reichstages zeigte sich bei der Weiterverhandlung am Freitag über die Anträge zur Fürstenabfindung eine bemerkenswerte Annäherung der Deutschnationalen an den Kompromißantrag der Mittelparteien.

Der Deutschnationale Dr. Lohmann erklärte, seine Partei habe den Willen, eine gerechte Lösung der Abfindungsfrage herbeizuführen. Obwohl auch er nicht alle Ansprüche mancher Fürstenhäuser billigen könne, sei ein Enteignungsgesetz als gerechte Lösung unbenkbar, ebenso wenig der demokratische Antrag. Der Redner erklärte besonders die Bereitwilligkeit seiner Partei, an der Verbesserung des Kompromißantrags mitzuarbeiten. Gegen die jetzige Fassung äußerte er allerdings noch schwere Bedenken. Soweit sie verfassungsrechtlicher Art seien, erklärte der Redner sich bereit, diese zurückzustellen, wenn der Entwurf eine Fassung erhalte, die eine gerechte Lösung verbürge. Entscheidend für die Stellungnahme der Deutschnationalen werde die Zusammensetzung des einzusetzenden Gerichts sein. In dieser Beziehung sei die Bestimmung bedenklich, daß der Reichspräsident die Richter ernennen soll. Der Redner schlug vorgegen vor, einen Senat des Reichsgerichts mit den Aufgaben des Senatsgerichts zu betrauen und dem Reichspräsidenten das Recht zu geben, die Richter zu überlassen. Unter keinen Umständen dürfe eine Rückwirkung zugelassen werden. Gewisse Rückfälligkeiten wurde man nicht vermeiden können. Es müsse darin auch festgelegt werden, daß Enteignungen nicht ohne jeden Ausgleich verfügt werden können. Bei der Aufwertung dürfe man die Fürstenhäuser unter keinen Umständen anders behandeln als andere Staatsbürger. Der Redner verlangte am Schluß nochmals, trotz schwerer Bedenken seien die Deutschnationalen durchaus bereit, ehrlich an einer gerechten Lösung der Frage mitzuarbeiten.

Der Wirtschaftsparteiler Hampe betonte die Notwendigkeit, möglichst schnell zu einer Einigung zu kommen. Es wandte sich sowohl gegen den Antrag auf entschädigungslose Enteignung wie gegen den demokratischen Antrag. Der Kompromißentwurf trage allerdings verfassungsändernden Charakter. Die Eingelbedenken gegen diesen Kompromiß müßten zurückstehen hinter der Notwendigkeit, eine Einheitsfront für gerechte Lösung der Abfindungsfrage zu schaffen.

Der Ausschuß vertagte die weiteren Beratungen auf Mittwoch.

★

Der Reichstag nahm heute mittag ohne Aussprache den Gesetzentwurf über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zum Saargebiet in allen drei Lesungen an und setzte dann die erste Lesung des Reichsetats für 1926 fort.

Empfang beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitag die Vertreter der Kriegsteilnehmerorganisationen, und zwar die Vertreter des Stahlhelms, des Kyffhäuser-Bundes, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Den Besprechungen, bei der Schaffung eines Ehrenmales für die Gefallenen im Weltkriege gelten, wohnte auch der Reichsinnenminister Dr. Külz bei.

2000 Stahlhäuser für Schottlands Arbeiterschaft.

sx. **London**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus beschäftigte sich ohne Abstimmung die Aufstellung von 2000 Stahlhäusern in Schottland nach dem System des Lord Weir. Die Labour Party ist grundsätzlicher Gegner dieser Stahlhäuser, da sie den Bauarbeitern ungeheilt die Arbeit wegnähmen. Sie befand sich jedoch gestern in einer schwierigen Lage, da die schottischen Abgeordneten erklärten, die Hauptsache sei die schnelle Linderung der Wohnungsnot. In einer besonderen Sitzung der Labour Party wurde schließlich auf Antrag Mac Donalds beschlossen, nicht gegen das Gesetz zu stimmen. Die Häuser werden am 20. Februar eingeteilt und können Anfang März bezogen werden.

Sozialistische Balkan-Konferenz in Sofia.

t. **Sofia**, 12. 2. (Eigenbericht.)

Wie hier verlautet, wird am Sonntag der Amsterdamer Internationale am 9. April eine sozialistische Balkankonferenz in der Hauptstadt Bulgariens einberufen. In ihrer Konferenz werden sich die Syndikatsverbände Jugoslawiens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands, wie auch Vertreter der Amsterdamer Internationale und der internationalen berufsmäßigen Sekretariate beteiligen. Die Konferenz wird bis drei Tage dauern, sich mit der Arbeiterlage in den Balkanstaaten befassen, und die Richtlinien für eine Verstärkung der Syndikatsbewegungen in den östlichen Ländern aufstellen.

Mexikanische Säkularisierungsbestrebungen.

New York, 12. 2. (Sonderdienst der DAZ.)

Mexikanische Zeitungen melden aus autoritativer Quelle, daß der Gerichtsstaatsanwalt eine Verordnung vorbereite zur Enteignung des gesamten Eigentums der katholischen Kirche in Mexiko. Alle Personen, die kirchliches Eigentum verbergen, sollen bestraft werden. In der Stadt Mexiko seien verschiedene spanische Priester verhaftet und zur Deportation nach Vera Cruz geschickt worden sein. Gegen den Erzbischof von Mexiko soll ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden sein unter der Anklage, die Verfassung verletzt zu haben.

Der Münchener Bürgermeister in New York.

New York, 12. 2. (W. T. B.) Der Münchener Bürgermeister Scharnagl und seine Begleiter empfingen seitens Vertreter der New Yorker Presse um ihnen für das Interesse an Ausdruck, das die Presse und andere Kreise ihrem Besuch entgegengebracht hätten. Scharnagl lente die Verhältnisse in den deutschen Städten der und erklärte, er wäre dankbar, wenn das Interesse der amerikanischen Presse für die deutschen Städte als die Hauptträger der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaft bewiesen erweckt würde.

Die Arbeitslosigkeit.

Zur Methodik ihrer Feststellung.

Von

Professor Dr. **Heinrich Silbergleit.**

Das Wort von der Beständigkeit des Wechsels gilt ganz besonders vom Umfange der Arbeitslosigkeit. In der Scheinblüte der Inflationszeit, als wir gar nicht genug produzieren konnten, um unsere Waren dem Auslande für ein Spottgeld hinzugeben, da es im Deutschen Reiche von fremden Nutznießern unserer Geldentwertung überwoll war, die in unseren Städten, Bäder- und Erholungsorten für wenige Goldgroschen den Tag ein behagliches Leben führen konnten und nur um zu sparen nach Deutschland reisten, gab es so auf wie keine Arbeitslosigkeit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. September 1922 im ganzen Reich nur 11 671, während sie noch vier Jahre früher auf über 400 000 und ein Jahr später wieder auf nahezu 250 000 (ohne das besetzte Gebiet) emporgestiegen war. Bei Beginn des Jahres 1924 war sie auf über 1½ Millionen angewachsen, wieder bei Ausschluß des besetzten Gebiets. Damit war zunächst der Höhepunkt erreicht, von dem sie in den folgenden Monaten zunächst noch langsamer, später schneller herabging, bis sie am 1. Juni 1924 wieder auf wenig mehr als 400 000 herabgeschmolzen war. Schwankungen, die die Jahreszeit mit sich bringt, treten im weiteren Verlauf auf. Durch entscheidene Abnahme werden sie von Frühjahr 1925 an abgelöst, und im Juli desselben Jahres wird mit etwa 200 000 ein Tief land erreicht, von dem es dann zunächst noch in schwachem, vom November ab in an schnellem Tempo wieder hinaufgeht: Am 15. Dezember 1925 sind es schon über 1 Million, am 1. Januar dieses Jahres fast 1½ Millionen und bei der neuesten Feststellung vom 1. Februar über 2 Millionen Arbeitslose, die die öffentliche Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen.

Da entsteht denn die Frage: Ist mit dieser Zahl — von den sogenannten Zuschlagsempfängern, d. i. den Ehegatten, den Kindern und den sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen sind abgesehen — der Umfang der Arbeitslosigkeit wenigstens erschöpft? Nach das ist nicht einmal der Fall. Denn das Recht auf Erwerbslosenunterstützung ist mit dem Vorliegen von Arbeitslosigkeit allein noch nicht gegeben. Zunächst dürfen die Einnahmen des zu Unterstützenden und seiner mitverdienenden Angehörigen zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreichen, wobei freilich gewisse Einkünfte, wie die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen, das Stillgeld der Wöchnerinnen u. a., nicht zur Anrechnung gelangen. Ferner muß eine mindestens bestimmte Zeit versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten 12 Monate vorliegen. Weiter muß der erstattungsfähige Zahlung der Unterstützung eine Wartezeit von einer Woche vorangehen, während sie anderseits innerhalb von 12 Monaten in der Regel nicht länger als für zusammen 26 Wochen gewährt werden soll, wovon freilich in dringenden Fällen Ausnahmen gegeben sind. Beschränkte Zustimmen liegt ferner bei den Jugendlichen vor, dann aber bei den Ausländern, für die sie auf Gegenseitigkeit abgestellt ist, so daß nach alledem zwischen dem Arbeitslosen im wirtschafts- und im sozialpolitischen Sinne in der Tat ein weitgehender Unterschied vorhanden ist, an dem auch dadurch nicht viel geändert wird, daß hier wie auf anderen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrtspflege gelegentlich mißbräuchliche Inanspruchnahme vorkommt, da diesen Fällen wiederum andere gegenüberstehen, in denen der unterstützte Erwerbslose, der nun die Zeit zur ärztlichen Behandlung eines vielleicht schon länger vorhandenen Leidens gekommen sieht, sich krank schreiben läßt. Uebrigens sind auch wegen Streiks oder Aussperrung arbeitslos Gewordene in den ersten vier Wochen nach Beendigung des Arbeitskampfes von der Unterstützung ausgeschlossen. Nicht zu vergessen ist das große, zahlenmäßig schwer erfaßbare Heer der Kurzarbeiter.

So liegt denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Unzulänglichkeit der Erwerbslosenzahlen als Maßstab des tatsächlichen Umfangs der Arbeitslosigkeit außer allem Zweifel.

Nun werden aber in den statistischen Beilagen zum Reichsarbeitsblatt auch die Ergebnisse der bei den Arbeitsnachweisen bei Stichtagszählung in der Mitte des Monats nur 834. Nun besteht aber nicht einmal bei dieser Stichtagszählung die Einheit der berichtenden Nachweise, welche doch die Grundlage der Vergleichbarkeit bildet. Nach der mit dem Reichsarbeitsblatt vom 1. 5. M. ausgegebenen Nachweisung über die Zählung vom 15. Januar werden bei dieser 890, bei der gleichartigen Erhebung des Vormonats aber nur 832 Arbeitsnachweise beteiligt? Da hört denn doch jede Möglichkeit eines Vergleichs auf, zu dem immer ihnen durch die unmittelbare Gegenüberstellung der Zahlen geradezu verleitet wird. Für eine solche ist durchaus Gleichheit der Grundlagen, alle vorliegend der berichtenden Arbeitsnachweise zu fordern, die, soweit sie nicht vorhanden ist, doch ohne erheblichen Zeitaufwand wenigstens für zwei aufeinanderfolgende Termine durch Ausschreibung der nicht bei beiden berichtenden Nachweise herzustellen ist. Zu diesen äußeren, aber deshalb nicht weniger belangvollen treten doch die inneren,